

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Muchitsch,

Genossinnen und Genossen

betreffend **Arbeitsmarktreform jetzt umsetzen**

eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES, Kolleginnen und Kollegen betreffend der Stillstand in der Regierung, darf nicht zum Stillstand der Wirtschaft werden: Arbeitsmarktreform jetzt!

„**Keine Reform der Arbeitslosenversicherung - Verhandlungen gescheitert**“, so titelte eine APA-Aussendung (APA0134 3 WI 0273 II) am Freitag, 2. November und es wurde damit endlich ausgesprochen, was schon länger Zeit erkennbar war: auch in diesem wichtigen Reformvorhaben ist die Regierung am Ende.

Mehr als ein Jahr lang haben die Regierung und ÖVP-Arbeitsminister Kocher eine Arbeitsmarktreform angekündigt. Jetzt zeigt sich, dass das wie so oft bei Türkis-Grün nur eine weitere leere Ankündigung war. Deutlicher können sich die Handlungsunfähigkeit und das Versagen von Türkis-Grün gar nicht zeigen. Die Regierung ist gescheitert, sie bringt nichts mehr weiter.

Das Versagen der Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik schließt sich nahtlos an eine lange Reihe des Versagens an. Komplettersagen in der Asyl- und Migrationspolitik, das Versagen im Kampf gegen die Teuerung und die Energiekrise und das Regierungsversagen bei der Energiewende.

Dabei wäre gerade eine Arbeitsmarktreform so wichtig für die weitere Entwicklung unseres Landes. Fachkräftemangel in den diversesten Berufen, angefangen bei den fehlenden Pflegekräften, müssen endlich angegangen werden, Projekte im Kampf gegen Langzeitbeschäftigungslosigkeit fehlen zur Gänze und natürlich die finanzielle Absicherung im Fall der Arbeitslosigkeit ist unzureichend. Gerade in Zeiten der immensen Teuerung werden Arbeitslose von der türkis-grünen Regierung im Stich gelassen.

Die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des letzten Einkommens, die jährliche Valorisierung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe und die Verdreifachung des Familienzuschlages sind dringst erforderliche Maßnahmen um das Abrutschen in Armut im Falle von Arbeitslosigkeit für die Betroffenen und ihre Familien zu verhindern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft wird aufgefordert, unverzüglich dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zur Beschlussfassung zu übermitteln, mit der folgenden Maßnahme umgesetzt werden:

- Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des letzten Einkommens
- Berechnungszeitraum des Arbeitslosengeldes näher an den Zeitpunkt der Geltendmachung rücken
- Jährliche Valorisierung des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe
- Verdreifachung des Familienzuschlages.“

[Handwritten signature]
(Kocher)

[Handwritten signature]
(MUCHITSCH)

[Handwritten signature]
(NUSSBAUM)

[Handwritten signature]
(Drobits)
[Handwritten signature]
(SILVANO)

